Nr. 34 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 12. Februar 1931

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Dr. Curtius über Genf

Die Richtlinien der deutschen Außenpolitik — Um die deutsch-französische Verständigung — Genf, ein Fortschritt für die Minderheit — Die polnische Schuld in Oberschlesien festgestellt — Gegen Zaleskis Bericht — Für Revision des Reparationsplanes — Erfüllungs-, keine Katastrophenpolitik

Berlin. Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts in der Dienstagsitzung des Reichstags leitet Reichsaußenminister Dr. Curtius die außenpolitische Aussprache ein. Er erklärt einleitend, daß er sich nicht auf einen Bericht über die Genfer Verhandlungen beschränken, sondern

von jener Grundlage aus den wichtigsten allgemeinen Fragen der Außenpolitik nachgehen werde.

Er beginnt mit der Besprechung der Verhandlungen des Studioausschusses für europäische Zusammenarbeit. Daß die Sowjetregierung sich grundsätzlich bereiterklärt hat, an den Beratungen des Europa-Ausschusses teilzunehmen, begrüße ich mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu Rußland mit besonderer Genugtuung.

Der Angelpunkt der großen europäischen Fragen

ist das deutsch-französische Verhältnis.

Es wäre verhängnisvoll für das Schicksal Europas, wenn sich nicht auch jenseits des Rheins die Erkenntnis der Ursachen durchsetzte, die letzten Endes die heutige Situation in Europa herbeigeführt haben.

Der Minister geht dann auf die Abrüstungsfrage ein. Er weist darauf hin, daß die Abrüstungskonferenz im Anschluß an die Januartagung des Völkerbundesrats im Februar 1932 beginnen wird. Die weiteren Verhandlungen darüber müssen von dem Grundsatz getragen sein, daß in der Führung der Konferenz völlige Unparteilichkeit gewahrt bleibt. Die Größe der Aufgabe der Abrüstungskonferenz wird die Politik aller Staaten in der nächsten Zukunft entscheidend beeinflussen.

Dort wird sich herausstellen, ob es zur Abrüstung kommt oder nicht.

Für uns ist entscheidend, daß wir einen klaren Rechtsanspruch auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung haben und daß wir uns mit einer noch längeren Verzögerung der Erfüllung dieses Anspruchs nicht abfinden werden.

Die Ueberzeugung von unserem Recht hat inzwischen Schritt um Schritt an Boden gewonnen.

Noch gestern hat der englische Außenminister erklärt, daß jedes Mitglied des Völkerbundes durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sei.

Curtius über das Ergebnis von Genf

Die polnische Schuld festgestellt

Im Mittelpunkt der Tagung des Völkerbundsrats stand die Behandlung

der polnischen Gewaltaten gegen die deutschen Minderheiten.

Mit klaren Worten ist festgestellt worden, daß in zahlreichen Fällen eine Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vorliegt. Polen soll bis zum Mai das Ergebnis der eingeleiteten Verfahren und der Entschädigungsaktion mitteilen.

Ohne Nennung von Namen wird mit aller Deutlichkeit auf die Schuldigen hingewiesen.

Richtlinien ersuchen die polnische Regierung ausdrücklich,

die besonderen Bande zwischen den Behörden und dem Aufständischenverbande und anderen Vereinen zu lösen.

Es ist für die Geschichte des Minderheitenschutzes von besonderer Bedeutung,

daß die Feststellung von Vertragsverletzungen durch eine dem Völkerbundsrat angehörende Macht in aller Deutlichkeit erfolgt ist

und daß der Völkerbundsrat eine Ratsmacht so eindringlich aufgefordert hat, die vohandenen Mißstände zu beheben. Daran ändern nichts gewisse Erklärungen im Auswärtigen Ausschuß des Senats in Warschau **die vergeblich zu beschönigen versuchen.** In der Möglichkeit der Nachprüfung der Berichte der polnischen Regierung bei der Maitagung liegt die wichtigste Garantie, die uns und den Minderheiten gegeben ist. Auch die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbund in Zukunft entschlossener als bisher **seine hohe Aufgabe durchführt, ein Hort der Minderheiten zu sein.** Wir werden uns an dieser Aufgabe wie bisher aktiv beteiligen und nach Beendigung des polnischen Minderheitenstreites prüfen,

ob die Möglichkeit für eine weitere Verbesserung des Minderheitenschutzverfahrens gegeben ist.

Im Völkerbundsrat hat ferner von den strittigen Memelfragen nur diejenige des Vetorechts eine Klärung gefunden. Die weitere Erörterung wurde auf die nächste Ratstagung vertagt. Wir hoffen, daß es gelingt, zu einer Einigung zu kommen ohne daß ein Eingreifen des Völkerbundsrates erforderlich wird. In der Frage der Kolonialmandate wird die Reichsregierung keine Handhabe unbenutzt lassen, um der deutschen Auffassung von der Unantastbarkeit der Selbständigkeit der Mandatsgebiete Geltung zu verschaffen.

Deutschland bleibt im Völkerbund

Der Minister macht dann Ausführungen über die

allgemeine Einstellung zum Völkerbund.

Gewiß haben wir oft Anlaß zu scharfer Kritik an den Beschlüssen des Völkerbundes gehabt. Aber Kritik und Enttäuschung sind nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, unsere Mitgliedschaft und damit den Kampf in Genf aufzugeben. Die Befriedigung, die Sie (nach rechts) jetzt über die demonstrative Geste einer deutschen Kündigung empfinden könnten, wurde recht schnell einer großen Ernüchterung Platz machen. Selbstverständlich steht die Reichsregierung nicht auf dem Standpunkt, daß Deutschland unter allen Umständen im Völkerbund zu bleiben hätte. Wenn er sich der Erfüllung derjenigen Aufgaben, die die Grundlage seines Daseins bilden, versagt, dann wären wir vielleicht eines Tages zu neuen Entschlüssen gezwungen. Es ist aber nicht richtig, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbund für Deutschland bisher ergebnislos gewesen sei und daß sie uns nur Hemmungen unserer politischen Bewegungsfreiheit gebracht hätte.

Die Reparationsfrage

die ich zum Schluß behandele, stand nicht in Genf zur Verhandlung. Sie drängt sich aber auch wie ein ungebetener Gast in alle internationalen Zusammenkünfte ein. Das Gespenst wird erst zur Ruhe kommen, die Weltwirtschaft von diesem Alp befreit sein,

wenn Wirtschaftsvernunft und Gerechtigkeit sich endgültig durchgesetzt haben.

Seit einem Jahr ist der neue Plan in Kraft. Unsere Gegner wissen, daß wir ihn nicht zerreißen werden. Wie die Unverbrüchlichkeit der Pflicht zur Zahlung privater deutschen Finanzschulden,

so steht fest, daß wir über unsere öffentlichen Schuldverpflichtungen nur auf dem Vertragsboden,

nur mit den Mitteln internationaler Rechtsordnung verhandeln und handeln werden. Aber unsere Gläubiger wissen auch, daß wir eine Garantie für die Erfüllbarkeit des neuen Plans stets abgelehnt haben. Seit den Haager Konferenzen hat

eine völlige Verlagerung in der Weltwirtschaft stattgefunden.

Wir stehen vor ganz neuen Aufgaben zur Ueberwindung der Krise, bei denen die Reparationsfrage einen ausschlaggebenden Faktor bildet.

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt ihre außenpolitischen Ziele gekennzeichnet:

Erringung der nationalen Freiheit, sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege des Friedens unter Ablehnung einer Politik der Abenteuer.

Hinter diesem Ziel steht die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes.

Kundgebungen gegen Polen in Kiew

Moskau. Am Montag fanden in Kiew große antipolnische Kundgebungen statt, die sich gegen die Minderheitenpolitik besonders in der Westukraine und im polnischen Teil von Weißrußland richteten. Die von kommunistischen Verbänden angenommenen Entschließungen wenden sich scharf gegen die polnische Regierung und verlangen, daß die Sowjetregierung sich endlich mit dieser Frage beschäftige. Das polnische Generalkonsulat wurde durch Polizeitruppen vor den Demonstranten geschützt.

Englische Wahlreform

Das Alternativwahlrecht.

Wenn das englische Unterhaus, diese Mutter der Parlamente, ein Wahlsystem einführt, so hat man wohl Anlaß, es zu beachten: denn erstens ändert man in Großbritannien das Wahlrecht nicht oft, und zweitens denkt man dort bei dem Wahlrecht auch daran, was dabei herauskommen soll, nämlich ein arbeitsfähiges Haus und eine wirkende Regierung. Aber ob das Wahlsystem, das das Unterhaus dieser Tage in zweiter Lesung, die praktisch die entscheidende ist, beschlossen hat, ein Wahlsystem ist, das die erstaunlichen Uebelstände des gegenwärtigen englischen Wählens zu beseitigen vermögen wird, ist dennoch zu bezweifeln.

Macdonalds Wahlreform hat einige Punkte, die nur aus den Besonderheiten des englischen Wahlsystems zu erklären sind. So werden elf Wahlbezirke halbiert, sie sind so groß, daß jeder zwei Abgeordnete zu wählen hatte; auf die Gleichheit der Wahlbezirke hat man eben in England nie viel Gewicht gelegt. Dann wird das Wahlrecht der Universitäten beseitigt; bisher hatten die Universitäten nämlich eigene Abgeordnete. Weiter wird der Rest des Pluralwahlrechtes beseitigt, man konnte nämlich jetzt an seinem Wohnsitz und am Sitze des Geschäftes wählen; also hatten viele Unternehmer zwei Stimmen, wenngleich in zwei Wahlbezirken. Die einzige Ausnahme bleibt die City: weil dort so gut wie niemand wohnt und der Bezirk dann überhaupt ohne Vertretung wäre, wird für diesen Bezirk das „Geschäftssitzwahlrecht" zugelassen, aber das „Wohnsitzwahlrecht" beseitigt. Ein kurioser Punkt ist der über die „Schlepperautos"; danach dürfen Besitzer von Autos (andere Gefährte kommen nicht in Frage) mit ihnen zur Wahl selbst oder mit ihren engsten Familienangehörigen fahren; soll es aber als Schlepperauto fungieren, muß es beim Wahlleiter registriert werden, wonach es aber dann allen Wählern und Parteien zu Diensten steht. Schließlich werden die Wahlausgaben mit fünf Pence in ländlichen, mit vier Pence in städtischen Wahlkreisen pro Kopf der Bevölkerung begrenzt. Aber das sind doch nur Nebenfragen; das Eigentliche, weshalb die Wahlreform gemacht wird, ist das sogenannte Alternativwahlrecht.

Das englische Wahlsystem beruht noch immer auf der relativen Mehrheit: gewählt ist derjenige, der die meisten Stimmen erhält, wonach, wenn beispielsweise von abgegebenen 12 000 Stimmen ein Kandidat 3398, der zweite 3999, der dritte 4003 Stimmen erhielt, dieser gewählt ist — obgleich er noch lange nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. (Man müßte da keinen Fall ersinnen; so erhielt bei den letzten Wahlen im walisischen Wahlbezirk Brecon ein Kandidat 14 511, der zweite 14 324, der dritte 14 182 Stimmen; der erste war gewählt, obwohl seinen 14511 Stimmen 28 506 Stimmen entgegenstanden.) Das kann zur Folge haben (und hat es oft), daß eine Partei eine große Mehrheit an Mandaten erhält, in den Stimmen aber eine Minderheit ist — was jetzt zumeist die Liberalen trifft, um derentwillen die Wahlreform auch eigentlich gemacht wird. Aber das Wahlsystem der relativen Mehrheit, das, so lange es in Großbritannien zwei Parteien gegeben hat, ganz logisch gewesen ist (weil da die relative und absolute Mehrheit zusammenfallen), ist jetzt so ungerecht, daß es einfach unhaltbar geworden ist; das ist auch der eigentliche Grund, warum es geändert wird. Die Wahlreform führt deshalb auch das Erfordernis der absoluten Mehrheit ein, aber in umgekehrter Weise, als es am Kontinent der Fall gewesen ist. Als man in Europa das Verhältniswahlrecht noch nicht kannte, sondern in Einerwahlkreisen wählte (ein Wahlbezirk, ein Abgeordneter), trat, wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit (die Mehrheit der abgegebenen Stimmen) erlangt hatte, die Stichwahl ein: die Wähler entschieden zwischen den zwei Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten hatten. Der Gedanke dieser Stichwahl wird nun in England gleichsam in den Wahlakt vorverlegt: jeder Wähler hat das Recht, neben dem Kandidaten, den er wählt, auch einen zweiten Kandidaten zu benennen (den ersten mit einem Kreuz, den zweiten mit der Zahl 2), und wenn sein Kandidat nicht durchgeht, so gilt seine Stimme dann für den zweiten. Gewählt ist vor allem der Kandidat, dessen Kreuze (die unmittelbaren Stimmen) die absolute Mehrheit ergeben. Erhält nun die absolute Mehrheit kein Kandidat, so scheidet

der mit den wenigsten Kreuzen aus, und die Alternativstimmen zählen nun für den, dem die Nummer 2 zugefügt wurde. Hat er mit den Kreuzen und der Nummer 2 nun die absolute Mehrheit, so ist er gewählt — was die Regel sein muß, wenn nur drei Kandidaten waren: weil sich dann die Zahl der „abgegebenen" Stimmen (die sich um diejenigen vermindert hat, deren Kandidat ausgeschieden worden ist) eben nur noch auf zwei Kandidaten verteilt. Bei mehr als drei Kandidaten muß der Rechnungsprozeß fortgesetzt werden — so lange, bis eben nur zwei Kandidaten verbleiben. Die Wähler vollziehen also die Stichwahl gleichsam von vornherein. Nun lehnen die Engländer das Proportionalwahlrecht entschieden ab, und auch Macdonald hat es, in der Debatte des Unterhauses, glatt abgelehnt. Es verlohnt sich übrigens, seine Gründe für die Ablehnung zu vernehmen; er sagte: „Das Verhältniswahlsystem vermag keine Majorität zu schaffen. Es ist ein System, das die mathematische Vertretung der Minderheiten herbeiführt. Dies mag vollkommen in der Ordnung sein, soweit die Wahlmaschinerie selbst in Frage kommt. Wenn aber das Volk Mitglieder zum Unterhaus erwählt, dann wählt es nicht nur das Unterhaus als solches, sondern eine Regierung. Wenn man also das Unterhaus zu einer Versammlung von Majoritätsgruppen macht, so darf man mit Recht darauf stolz sein, daß die Wahlkörper im Lande gerecht und arithmetisch richtig vertreten sind. Aber damit ist noch keine Regierung geschaffen, die eine Einheit darstellt und für die Politik verantwortlich ist. Dies ist der hauptsächlichste Einwand gegen die Verhältniswahl." Aber diese Ablehnung des Proportionalwahlsystems hätte doch nicht hindern müssen, die absolute Mehrheit durch die Stichwahl herbeizuführen — die unserer Meinung nach logischer ist als dieses Alternativsystem. Denn wenn es der Nachteil der Stichwahl ist, daß ein Teil der Wähler (diejenigen, die in der Stichwahl für einen andern als ihren Kandidaten stimmen müssen) zwei Ueberzeugungen ausdrücken muß, so ist es doch logischer, zwei Kandidaten in zwei Abstimmungen, als zwei Kandidaten in einer Abstimmung zu wählen — worauf das Alternativsystem hinausläuft. Denn es mutet den Wählern doch eigentlich etwas Widersinniges zu: daß sie bei der Wahl, die immer ein Ausdruck des stärksten und darum einseitigsten Willens ist, nicht bloß für ihren Mann, sondern zugleich auch für ihren Gegner stimmen sollen: was den Begriff der Wahl geradezu aufhebt.

Im übrigen dürfte selbst dieses Alternativwahlrecht erstens die Legende des Zweiparteiensystems endgültig begraben, und die Wahrscheinlichkeit einer geschlossenen Regierungspartei im Unterhaus weiter sehr verringern. Denn die Zersetzung der Parlamente geschieht als Folge der Zerspaltung des sagenhaften Volkes in Klassen unaufhaltsam, und wenngleich Wahlsysteme so sein können, daß sie diesen Zersetzungsprozeß beschleunigen, wie daß sie ihn verlangsamen, so sind sie doch außerstande, ihn aufzuhalten. Das wird sich auch in dem Lande des ältesten Parlaments erweisen.



Wechsel im polnischen Außenministerium?
Oberst Beck, der den polnischen Außenminister Zaleski ersetzen soll.

Die Arbeitslosengefahr in England und Deutschland

5 Millionen Arbeitslose in Deutschland — Neues Ansteigen in England — Die Gefahren für den Haushalt

Berlin. In der zweiten Hälfte des Monats Januar ist das Absinken des Beschäftigungsgrades erheblich langsamer vor sich gegangen, als im Verlauf des Winters bisher. Während zwischen Anfang und Mitte Januar die Zahl der von den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen noch um rund 381 000 zugenommen hatte, hat sich der Stand von Mitte bis Ende Januar nur um rund 129 000 erhöht. Im Vergleich hiermit ist die Zunahme in der Belastung der beiden versicherungsmäßigen Unterstützungseinrichtungen zwischen den beiden letzten Stichtagen noch stärker gewesen. Sie betrug rund 228 000. In der Arbeitslosenversicherung allein wurden am 31. Januar rund 2 555 000, in der Krisenfürsorge rund 811 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Von der Zunahme entfallen rund 156 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 72 000 auf die Krisenfürsorge.

Die Zahl der Arbeitslosen wurde am 31. Januar bei den Arbeitsämtern mit rund 4 894 000 ermittelt. Dabei sind, wie stets, von der Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitsuchenden diejenigen abgesetzt, die sich noch in Stellung, in Notstands-, Pflicht- oder Fürsorgearbeit befanden. Die Zunahme gegenüber Mitte Januar beläuft sich auf rund 129 000 oder 2,7 v. H.

Die Arbeitslosenzahl in England steigt wieder

London. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 2. Februar 2 624 236 Personen. Dies ist um 31 586 mehr als in der Vorwoche und um 1 116 638 mehr als vor einem Jahre.

Der englische Haushalt gefährdet

London. In einer Denkschrift an den Kommissar für Arbeitslosigkeit beurteilt das Finanzministerium die Finanzlage Englands sehr ernst. Die Unkosten für die Arbeitslosenversicherung werden für 1931 auf 55 Millionen Pfund gegenüber 10 Millionen Pfund im Jahre 1928 veranschlagt. Die Balanzierung des Haushalts sei ernstlich gefährdet, da man gleichzeitig mit einem erheblichen Rückgang der Einnahmen rechnen müsse. Ausschließlich der Kriegspensionen hätten sich die Sozialausgaben von 28½ Millionen Pfund im Jahre 1910 auf 158,6 Millionen Pfund im Jahre 1930 erhöht. Der auf die Arbeitslosenversicherung entfallende Anteil sei von 3,4 v. H. im Jahre 1920 auf 23,3 v. H. im Jahre 1930 gestiegen. Zu diesen Ausgaben kamen noch 9 Millionen Pfund für Zuschüsse an Armenunterstützungen, Krankenwesen und Geisteskranke hinzu. Die Verschuldung des Arbeitslosenfonds sei von 38,95 Millionen Pfund Anfang 1930 auf 75 Millionen Pfund gestiegen. Es sei notwendig, diesen Fonds vollständig zu reorganisieren und Maßnahmen zur Zurückzahlung der Schulden zu treffen.

Der katalonische Autonomistenführer Macia begnadigt

Paris. Nach einer Meldung aus Barcelona hat die spanische Regierung den Führer der katalonischen Autonomistenpartei, Francisco Macia, begnadigt.

Macia war im Jahre 1929 aus Spanien ausgewiesen worden, weil er eine Aufstandsbewegung gegen den verstorbenen Diktator Primo de Rivera angezettelt hatte. Er lebte seither in Brüssel und machte erst kürzlich von sich reden, als er heimlich die französisch-spanische Grenze überschritten hatte und in Barcelona aufgetaucht war.

Noch kein Ende des Generalstreiks auf Madeira

Paris. Nach einer Meldung des „Oeuvre" aus Funchal soll der Generalstreik, der sofort nach dem Verbot der Einfuhr ausländischen Mehls ausgebrochen war, noch nicht beigelegt sein. Die Arbeiter wollen die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn die Regierung ihr Verbot endgültig zurückgenommen hat.

Der Lohnkampf im Bergbaugebiet von Südwales beendet

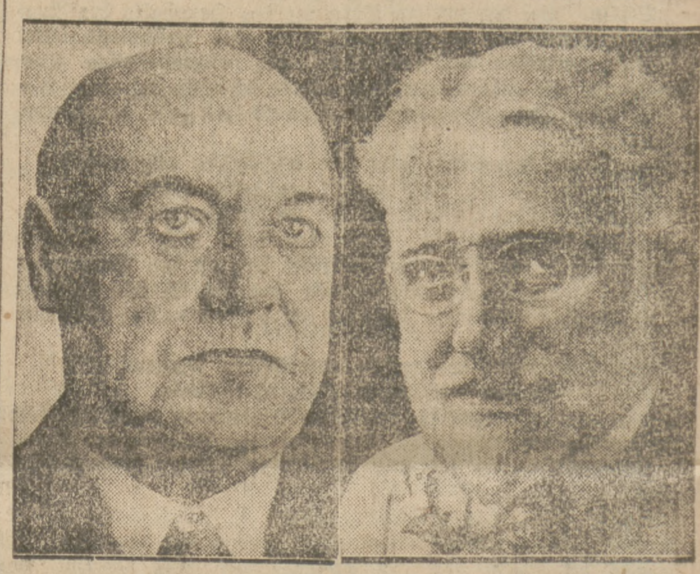
London. Im Kohlengebiet von Südwales ist der Lohnkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern durch einen auf 3 Jahre abgeschlossenen Lohnvertrag beigelegt worden. Es handelte sich um einen Streit über die Löhne und die Arbeitszeit, der Mitte Januar durch ein vorläufiges Lohnabkommen sein Ende fand. Der damaligen Vereinbarung ist nunmehr auf derselben Grundlage ein endgültiges Abkommen gefolgt.

Die Einweihung Neudelhis

London. In Anwesenheit der indischen Fürsten und Vertretern aus sämtlichen Teilen Indiens, sowie von Vertretern der Dominien fanden am Dienstag die ersten Feierlichkeiten zur Einweihung der neuen Hauptstadt Indiens, Neudelhi, statt. Der erste Akt war die Enthüllung der Säulen, die Indien von den vier Dominien zum Geschenk gemacht wurde. Die Erbauung der Hauptstadt hat 15 Jahre gedauert und 200 Millionen Reichsmark gekostet.

Das deutsch-spanische Luftfahrtabkommen abgeschlossen

Madrid. Die deutsch-spanischen Luftfahrtverhandlungen, die vom deutschen Botschafter mit der spanischen Regierung geführt wurden, sind am Dienstag durch Notenaustausch erfolgreich abgeschlossen worden. In dem Luftfahrtabkommen, das für den Dienst Deutschland—Südamerika von besonderer Wichtigkeit ist, genehmigt die spanische Regierung die Verlängerung der deutschen Fluglinie Berlin—Barcelona bis zu den Kanarischen Inseln.



Führer eines amerikanischen Generalangriffes auf die norddeutschen Oelfelder
Die Gas- und Erdölquellen in Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Mecklenburg werden von amerikanischer Unternehmerseite so günstig beurteilt, daß diese unter allen Umständen dort Fuß zu fassen suchen. Der Oelmagnat Harry Sinclair (links) bemüht sich, seinen bereits sehr umfangreichen Besitz an deutschen Oelgruben ins Gigantische zu steigern, und sein großer Konkurrent H. L. Doberty (rechts) hat bereits ein ungeheures Areal unter seine Kontrolle gebracht.

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

34)

„Ich habe gerade kein Nachschlagebuch zur Hand, aber mir kommt der Name bekannt vor. Was will denn Lord Pertham von uns?"

„Ich werde dir das Schreiben vorlesen."

„Sehr geehrter Herr, unser gemeinsamer Freund, Mr. Fare von Scotland Yard. wird heute bei uns in Connaught Gardens zu Abend speisen. Dürften wir auch Sie bitten, zu kommen? Mr Fare erzählte mir, daß Sie einer der tüchtigsten Kriminalogen unserer Zeit sind, und da ich mich auch für diesen Zweig der Wissenschaft ganz besonders interessiere, würde ich mich freuen, Ihre Bekanntschaft zu machen."

Unter der Unterschrift stand noch ein Nachsatz: „Natürlich schließt diese Einladung auch Ihren geschätzten Freund ein"

Manfred rieb sich das Kinn.

„Ich möchte wirklich heute abend nicht in vornehmer Gesellschaft speisen."

„Aber ich" erwiderte Leon entschieden. „Ich habe eine Vorliebe für gute englische Küche und ich erinnere mich, daß Lord Pertham in dem Ruf steht, eine Art Epikuräer zu sein."

Pünktlich um acht erschienen sie in dem großen Haus des Lords Pertham, das an der Ecke von Connaught Gardens stand Sie wurden sofort von einem Diener eingelassen, der ihre Hüte und Mäntel abnahm und sie in einen geräumigen, etwas düsteren Empfangssalon führte.

Ein großer, schlanker Mann mit vollem, grauen Haar lehnte am Kamin Er mochte etwa fünfzig Jahre alt sein. Schnell kam er auf die beiden zu, als sie eintraten.

„Wer von Ihnen ist Mr. Fuentes?"

„Das ist mein Name", erwiderte Manfred lächelnd, „aber mein Freund ist der große Kriminaloge."

„Ich freue mich sehr, Sie beide kennenzulernen, aber ich muß mich bei Ihnen entschuldigen. Durch einen unglücklichen Umstand ist der Brief, den ich an Mr. Fare geschrieben habe, nicht rechtzeitig aufgegeben worden. Ich habe es leider erst vor einer halben Stunde erfahren. Hoffentlich macht es Ihnen nicht zuviel aus."

Manfred murmelte eine konventionelle Höflichkeitsphrase, als sich die Tür öffnete und eine Dame hereinkam.

„Darf ich Sie Mylady vorstellen?"

Die Dame war schmal und hager. Ihre blauen, ausdruckslosen Augen und ihre schmalen Lippen entbehrten jedes Reizes. Sie machte einen verdrießlichen Eindruck und runzelte häufig die Stirn, was sie noch mehr entstellte.

Leon Gonsalez, der unwillkürlich jedes Gesicht analysierte, das er sah, kam zu dem Urteil: Groll, Argwohn, Undankbarkeit, Hartherzigkeit, Eitelkeit.

Als sie Gonsalez und Manfred nachlässig die Hand gab, vertieften sich die Falten in ihrer Stirn noch mehr.

„Das Essen ist fertig, Pertham", wandte sie sich an den Lord und machte nicht den geringsten Versuch, ihren Gästen etwas Angenehmes zu sagen.

Es war ein peinliches Zusammensein bei Tisch. Lord Pertham war nervös, aber trotzdem eine denkbar schlechte Stimmung herrschte, ließen sich die beiden Freunde nicht beeinflussen. Dieser große stattliche Mann schien sich vor seiner Frau zu fürchten, er war sehr rücksichtsvoll, fast unterwürfig in ihrer Gegenwart. Als die unliebenswürdige Gastgeberin schließlich das Zimmer verließ, machte er kein Hehl daraus, daß er sich erleichtert fühlte.

„Ich fürchte, daß Sie sich bei Tisch nicht gut unterhalten haben. Mylady hatte eine kleine Auseinandersetzung mit dem Koch."

Offensichtlich hatte Mylady die Angewohnheit, sich stets mit ihren Dienstboten zu überwerfen, denn der Lord erwähnte in der Unterhaltung einige Leute, die sie entlassen hatte. Er sprach des langen und breiten über die Physiognomie von Dienstboten. Aber Manfred, der wie sein Freund eifrig zuhörte, schien es, daß der Lord keine große Autorität auf diesem Gebiet war. Er sprach sehr zurückhaltend und machte viele Fehler, aber Leon verbesserte ihn nicht. Gelegentlich erwähnte er auch, daß sein Interesse an Verbrechern noch gesteigert worden sei, da sein eigenes Leben bedroht würde.

„Wir wollen jetzt nach oben gehen und Mylady Gesellschaft leisten", sagte er nach einer Weile. Manfred hätte darauf wetten können, daß Lord Pertham alles, was er über Kriminalogie gesagt hatte, besonders für diesen Abend einstudiert hatte.

Sie gingen die breite Treppe zur ersten Etage hinauf und traten in einen kleinen Salon ein. Der Lord schien überrascht zu sein, daß niemand anwesend war.

„Ich bin sehr erstaunt", begann er, als plötzlich die Türe aufgerissen wurde und Lady Pertham hereinstürzte. Sie war totenbleich und ihre dünnen Lippen zitterten.

„Pertham," rief sie atemlos, „es ist ein Mann in meinem Ankleidezimmer!"

„Was, ein Einbrecher?" Der Lord eilte aus dem Zimmer.

Die beiden Freunde wollten ihm folgen, aber er blieb halbwegs auf der Treppe stehen und wehrte sie mit einer Handbewegung ab.

„Es ist besser, Sie bleiben unten bei Mylady. Läute doch bitte nach Thomas, Liebling!"

Leon und George standen am Fuß der Treppe, als er oben durch eine Türe ging. Gleich darauf hörten sie einen Schrei und Geräusche, als ob die beiden handgemein geworden wären. Manfred eilte die Treppe hinauf; oben wurde eine Tür heftig zugeworfen. Sie vernahmen erregte Stimmen, dann krachte ein Schuß und jemand fiel schwer zu Boden.

Manfred stemmte sich mit aller Gewalt gegen die Tür des Zimmers, aus dem der Lärm kam.

„Es ist alles in Ordnung", hörten sie Lord Perthams Stimme.

Einen Augenblick später schloß er die Tür auf.

„Ich fürchte, ich habe diesen Menschen umgebracht."

Er hatte die rauchende Pistole noch in der Hand. Mitten im Zimmer lag ein ärmlich gekleideter Mann, und sein Blut färbte den perlgrauen Teppich.

Gonsalez ging schnell zu dem reglos Daliegenden und drehte ihn um. Auf den ersten Blick sah er, daß der Mann tot war. Lange und ernst blickte er in das Gesicht des Einbrechers.

„Kennen Sie ihn?" fragte Lord Pertham.

„Ich glaube ja", erwiderte Gonsalez ruhig. „Es ist mein farbenblinder Verbrecher." Er hatte den Bruder von Mrs. Prothero erkannt.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der 24jährige Zensor

Von Zeitungsbeschlagnahmen brauchen wir unseren Lesern nicht viel zu erzählen, denn sie wissen, wie das gemacht wird. Der Herr Zensor zieht einen roten Strich über einen Zeitungsartikel und die Zeitung bleibt aus. Am schlimmsten schlimmsten wütet gegenwärtig der Zensor in der polnischen Hauptstadt Warschau. Der Warschauer „Robotnik“ wird, mit wenigen Ausnahmen, jeden zweiten Tag festgehalten. Bezeichnend ist dabei, daß Zeitungsartikel, die aus den Sanacjablättern vom „Robotnik“ zur Orientierung abgedruckt werden, sehr oft der Beschlagnahme verfallen. In den Sanacjablättern ließ man sie passieren, denn dort haben sie dem Sanacjasystem gute Dienste geleistet aber in den Spalten des „Robotnik“ wirken sie aufreizend, sind staatsfeindlich und mußten konfisziert werden. Es ist sogar möglich, daß solche Artikel von demselben Zensor im Sanacjablatt gebilligt, während sie im „Robotnik“ beschlagnahmt wurden. Die Wege der Zensur sind eben unergründlich, und man weiß niemals Bescheid, was der Zensor im Schilde trägt. Shr oft kommt es darauf an, wie er gelaunt ist, das heißt: wie er in der Nacht geschlafen, was er zum Nachtmahl gegessen und wie er den Abend verbracht hat.

In Krakau liegen die Dinge auch nicht besser als in Warschau. Der Krakauer „Naprzod“ teilt mit, daß die Zensur in Krakau von einem Studenten der Rechtsfakultät ausgeübt wird. Dieser neugebackene Zensor studiert das dritte Jahr Jura, ist 24 Jahre alt und heißt Adam Chczynski. Er hat so viel Lebenserfahrung und besitzt so viel juristische Kenntnisse, daß er genau weiß, was dem Staate nützlich und was schädlich sein kann. Er schwenkt lustig seinen Rotstift, insbesondere über den Spalten der Oppositionsblätter. Er hat als erster das Wort darüber, was in Polen verboten und was erlaubt ist. Erst, wenn er darüber entschieden hat, kann der Richter kommen und seine Ansicht aussprechen. Er ist nämlich die erste Instanz, und da gerade diese Instanz auf die Oppositionspresse schlecht zu sprechen ist, so erscheint diese Presse nur zu oft mit weißen Flecken. Er kann sich gar nicht irren, selbst, wenn er über die Schnur haut, denn der Oppositionspresse gegenüber kann man sich manches gefallen lassen. Ueber einem Studenten steht zweifellos der Universitätsprofessor. Der Professor ist zwar kein direkter Vorgesetzter des Studenten, wenigstens nicht in dem Sinne wie der Direktor seinem Angestellten gegenüber, aber der Professor ist sein Erzieher und Berater. Auch stehen dem Professor Strafmaßnahmen gegenüber dem Studenten zu. Vor allem kann der Professor einen Studenten bei der Prüfung durchfallen lassen, und das ist eine arge Sache. Jedenfalls zensuriert der Professor das Wissen und die Fortschritte eines Studenten. Nun kann es vorkommen, daß der Professor einen Artikel für die Zeitung schreibt, was schließlich keine Seltenheit ist, und dieser Artikel wird dem Studenten zur Zensur vorgelegt. Der 24jährige Rechtsschüler hat darüber zu entscheiden, was dem Professor erlaubt und was nicht erlaubt sei und kann seinen Artikel überhaupt streichen und ihn verbieten.. Im Professorenkollegium sitzen Autoritäten, die das Denken und Handeln des Volkes bestimmen, aber der Student kann ihnen durch ihre Artikel einen roten Strich ziehen. Das sind sehr erbauliche Zustände, auf die wir wirklich stolz sein können.

So kommt es letzten Endes, wenn die Pressefreiheit von einem Zensor bestimmt wird. Was sagen denn die Professoren dazu, insbesondere der bekannte Rechtslehrer Professor Dr. Oesterreicher, der sehr oft Artikel in dem konservativen „Czas“ veröffentlicht? — — —

Achtung! Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Sämtliche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter Verbandes, die von der Aussperrung im Erzbergbau betroffen worden sind, haben sich sofort im Hauptbüro des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Krolewska Huta, ulica 3-go Maja 6, Zimmer 3, zu melden und ihre Verbandsbücher abzugeben. Dortselbst werden die Kontrollkarten ausgehändigt. Ohne Anmeldung wird später die Unterstützung nicht gezahlt. Die Ortsverwaltung des D. M. V.

Die schlesischen Industriellen beim Arbeitsminister Prystor

Beim Arbeitsminister ist eine Delegation der schlesischen Industriellen vorstellig geworden, welche ihm ein Memorial über die gegenwärtige Lage der Industrie vorlegte, aus dem zu ersehen ist, daß die Situation in den verschiedenen Industriezweigen eine sehr schlechte ist.

Der Minister ersuchte die Delegation, die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen ihm schriftlich genauer wiederzugeben, wobei er versprochen hatte, dann die möglichsten Schritte zu unternehmen und die mit Rücksicht auf eine gute Wirtschaft im ganzen Lande.

Die erste Beschlagnahme der „Polska Zachodnia“

Kein halboffiziöses Organ mehr.

Die gestrige „Pat“ bringt ein offizielles Kommunikat der schlesischen Wojewodschaft, in welchem festgestellt wird, daß die „Polska Zachodnia“ weder ein offiziöses, noch ein halboffiziöses Organ der schlesischen Wojewodschaft bezw. des Herrn Wojewoden Dr. Grazynski ist. Diese Meldung ist offiziös, mithin muß sie auf Wahrheit beruhen. Wir wissen jedoch, daß die „Zachodnia“ aus dunklen Mitteln geschöpft hat, die sie die ganze Zeit über Wasser gehalten haben. Sollte sie sich selbst überlassen werden, dann wird sie bald das Zeitliche segnen. Gewiß wird viel von dem Blatte gedruckt und in den einzelnen Aemtern verbreitet, aber das waren Zwangsabonnenten bezw. Zwangsleser, die das Abonnementsgeld nicht bezahlen wollten. Was richtige Sanatoren sind, so lesen sie den Krakauer „Blagierek“, denn dieser entspricht besser dem geistigen Niveau der schlesischen Sanatoren Nur einzelnen Konzessionspatrioten waren treue Anhänger der „Zachodnia“, aber von diesen konnte sie nicht existieren. Werden die dunklen Quellen, aus welchen die „Zachodnia“ geschöpft hat, verstopft, dann ist es aus mit der Herrlichkeit, dann haben wir bald keine „Polska Zachodnia“ mehr. Für das politische Leben in der schlesischen Wojewodschaft, und zweifellos für das geistige Niveau im politischen Leben in der Wojewodschaft, wäre das ein großer Gewinn. Hätten wir die „Zachodnia“ nicht gehabt, so wäre auch so mancher Ueberfall auf harmlose deutsche Bürger und polnische Oppositionelle ausgeblieben. Die Erklärung ist da und wir werden bald erfahren, was daran wahr ist. Die Gesellschafter werden die Defizite, die das Blatt jährlich aufweist, aus ihrer Tasche nicht decken, und die „Zachodnia“ wird ihr Erscheinen einstellen müssen. Das liegt klar auf der Hand.

Gleichzeitig mit der Meldung, daß die „Zachodnia“ kein offizielles Organ ist, wird gemeldet, daß die gestrige Ausgabe des Blattes beschlagnahmt wurde. Das ist die erste Beschlagnahme, die von den Behörden aus eigener Initiative erfolgt ist. — Zu der Paterklärung nimmt die „Zachodnia“ in ihrer letzten Nummer „Stellung“ und kündigt mit einer bittertraurigen Miene an, daß sie die Erklärung „begrüße“. Ihre Sympathien zum Wojewoden und zur Regierung waren angeblich durch keine Abmachung diktiert, sondern resultierten aus dem „Programm“, das von dem Blatte repräsentiert wird. Wer daran glaubt, dem ist nicht zu helfen. Wahrscheinlich werden sich nicht viele von dieser Sorte finden.

Große Schwierigkeiten in der ostoberschlesischen Zinkindustrie

Die wirtschaftliche Lage der ostoberschlesischen Zinkindustrie hat sich durch das dauernde Sinken des Zinkpreises derart verschlechtert, daß in den Kreisen der polnischen Zinkindustrie z. Zt. die Stillegung der Zinkgruben und -Hütten ernstlich erwogen wird. Man versucht, durch Kürzung der Gehälter um 15 v. H., Herabsetzung der Arbeiterlöhne und andere Sparmaßnahmen die Weiterführung der gegenwärtig unrentablen Betriebe zu ermöglichen. Das dürfte aber nur gelingen, wenn die Zinkpreise nicht noch weiter fallen. — Auch in anderen Industriezweigen Ostoberschlesiens soll die Absicht bestehen, Löhne und Gehälter im selben Umfang wie bei der Zinkindustrie herabzusetzen.

Generalangriff auf die hohen Beamtengehälter

Herausfordernde Direktorengehälter — Die Sanacja und die Chadecja gegen die hohen Direktorengehälter Wo soll der Abbau beginnen — Kein politisch-strategisches Manöver — Die Arbeiterwähler ermahnen ihre Vertreter

Der Sozialistische Abgeordnetenklub rollte diese Frage im 2. Schlesischen Sejm auf. Sie wirbelte damals viel Staub auf. Vielleicht deswegen, weil sie auf die enormen Direktorengehälter eingeengt wurde. Die Verhältnisse in Schlesien liegen eben so, daß eine Gruppe privilegierter Herren

märchenhafte Gehälter

beziehen, während eine große Masse geistiger und physischer Arbeiter, ständig von der Gefahr der Kündigung und der Kurzarbeit bedroht, bei voller Beschäftigung sich mit der äußerst erbärmlichen Entlohnung begnügen muß.

In der Zeit der fortschreitenden Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Verelendung breiter Volksmassen, mußten die Direktorengehälter herausfordernd wirken. Von diesem Gedankengange ist der bekannte Antrag des soz. Abgeordneten-Klubes abzuleiten...

Die Chadecja verhöhnte diesen Antrag und bezeichnete ihn als demagogisch. — Der Sanatorenklub schwieg beharrlich, was einer Ablehnung gleichbedeutend war. — Die Deutsche Wahlgemeinschaft bekämpfte diesen Antrag aus „prinzipiellen“ Gründen.

Bevor die Beratungen des 2. Schlesischen Sejms in dieser Frage zu einem abschließenden Ergebnis gebracht wurden,

ereilte ihn das Schicksal der Auflösung.

Die Gegner dieses Antrages wiegten sich in der Hoffnung, daß dieser Antrag endgültig begraben ist. Indessen wird derselbe Gedanke von anderer Seite aufgegriffen und es ist nicht ausgeschlossen, daß das

„Gespenst“ der Direktorengehälter wieder einmal die Gemüter beunruhigen wird.

So z. B. bringt das Sanatorenblatt, die „Polska Zachodnia“, vom 29. Jänner l. J. eine Zuschrift aus dem Rybniker Bezirke, in welcher zu lesen ist:

„In der Resolution verlangten die Versammelten von den Abgeordneten aller Klubs, die Arbeiter vertreten, daß sie eine Besteuerung der hohen Direktorengehälter beschließen“.

In der „Polonia“ vom 31. Jänner d. Js., behandelt Abg. Chmielewski, ein führender Mann der Chadecja, das Arbeitslosenproblem. Nachdem er die verschiedenen Projekte bespricht, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit führen könnten, schließt er seine Betrachtungen mit folgendem Absatze: „Diese schwere Aufgabe wird der Schlesische Sejm dadurch erleichtern müssen, **daß er für Arbeitslosenzwecke zu speziellen Leistungen heranzieht jene Angestellten der Industrie und anderer Berufe, deren ständiges Einkommen allzu krassen Beweis der gegenwärtigen unvollkommenen Gesellschaftsordnung entbieten.“**

Wir finden hier denselben Gedankengang, nur in andere Worte gekleidet, wie in der Resolution der sanatorischen Federacja,

Beide greifen den ehemaligen Antrag des Sozialistischen Abgeordnetenklubs auf.

Nun müßte man glauben, daß unserer im 2. Sejm gegebenen Initiative im 3. Sejm ein durchdringender Erfolg beschieden sein wird. Diese Annahme jedoch wäre nur dann begründet, wenn die genannten Parteien aufrichtig auf den sozialistischen Antrag zurückgreifen würden.

Es sind aber Voranzeichen vorhanden, daß die bürgerlichen Klubs vor der eigenen, wenn auch spät erwachten Erkenntnis, zurückschrecken werden.

Die Chadecja wird durch ihre Stellung im 2. Sejm gebunden sein und die Sanacja wird die Tragweite dieses Antrages fürchten.

Die sanatorische Federacja hat schon ganz recht getan, wenn sie den Appell an die Arbeitervertreter des Sejm richtete. Von anderen Abgeordneten ist eine Unterstützung dieser Aktion nicht zu erwarten.

Einen krassen Beweis lieferten bereits ihre bürgerlichen Abgeordneten im Warschauer Sejm. Sie beantragten eine 15prozentige Herabsetzung der Abgeordnetendiäten.... natürlich aus Sparsamkeitsrücksichten.

Logischerweise mußte man erwarten, daß man nicht nur an Abgeordnetendiäten, sondern überall dort, wo das Einkommen die Höhe der Abgeordnetendiäten erreicht hat, sparen wird.

Wer so dachte, erlebte eine Enttäuschung.

Es wurde angeregt, daß alle Beamtengehälter, die auf gleicher Stufe mit den Abgeordnetendiäten sich bewegen, herabgesetzt werden.

Das wurde abgelehnt.

Es wurde beantragt, daß jene Abgeordneten, die zugleich Minister sind, nur ein Viertel der Abgeordnetendiäten beziehen.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Sanatoren regieren. Alle hohen Regierungsstellen sind mit Sanatoren besetzt. Die Gehälter dieser Herren machen oft — ohne Repräsentationszuschüsse — das Zwei- und Dreifache der Abgeordnetendiäten aus. Die Gehälter der Direktoren, verschiedener staatlicher Betriebe, machen ein

Vielfaches der Abgeordnetendiäten

aus. Im Vergleiche mit diesen Gehältern sind die Abgeordnetendiäten eine Lappalie.

Wenn also endlich die „Erleuchtung“ auf diese Herren kam, daß man das „hohe“ Einkommen der Abgeordneten herabsetzen muß, dann müßte man jene Gehälter abbauen, die ein Vielfaches dieser Diäten ausmachen.

Dies hätte folgerichtig kommen müssen, wenn überhaupt im sanatorischen Regime irgend eine Logik vorhanden wäre. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein, so befiehlt die Logik. Aber...

In Schlesien aber hat dieser Gedanke in die offiziellen Presseorganeder größten schlesischen Parteien Aufnahme gefunden. Die Politik und Gesetzgebung des Schlesischen Sejm bestimmen aber diese Parteien. Ihre Abgeordneten sind mit Arbeiterstimmen gewählt worden. Sie haben

Verpflichtungen gegenüber ihren Wählern übernommen.

Und wir müssen sie an ihre Versprechungen erinnern.

Die Verhältnisse sind überaus drückend. Das Mißverhältnis zwischen 30 Zl. monatlich und 4000 bis 100 000 Zl. monatlich ist himmelschreiend und provozierend.

Es ist Unsinn ausschließlich an die Reduzierung der Abgeordnetendiäten zu schreiten. **Noch unsinniger der Grundsatz, alle Einkommen, ohne Unterschied der Höhe, gleichmäßig, beispielsweise um 15 Prozent herabzusetzen.** Am Unsinnigsten aber von der Herabsetzung der Abgeordnetendiäten zu beginnen. Dies ist gut als ein politisch-strategisches Manöver gegen den Parlamentarismus überhaupt, aber kein soziales Problem wird dadurch gelöst.

Der gleichmäßige Abbau aller Beamtengehälter bedeutet einen schweren Schlag gegen die niederen Beamten und Angestellten, die ohnehin mit ihrer bisherigen Besoldung nur ein kärgliches Auskommen fanden.

Wir greifen nur ein Beispiel heraus: Einem Beamten, der 2000 Zloty monatliches Gehalt bezieht, werden 15 Prozent, d. h. 300 Zloty, abgezogen, das ist gerade soviel, wieviel die niedrigsten drei Kategorien der Angestellten höchstens monatlich beziehen. Diesem Mann bleiben jedoch noch immer 1700 Zloty monatlich.

Das ist unsere Stellungnahme zur Frage des Abbaues der festen Besoldung. Nur die hohen Einkommen müssen beschränkt werden, dort wo die Lebensstufe dadurch keine Einbuße erleidet, dort wo das Einkommen eine Herausforderung bedeutet.

Wir haben die Initiative ergriffen. Die anderen kommen uns nach, vorläufig mit Worten. Wir warten auf Taten, die dringend nottun.

Vom 20. Verbandstag des alten Kriegsverletztenverbandes

Der alte Wirtschaftsverband der Kriegsverletzten und Kriegerhinterbliebenen der Wojewodschaft Schlesien, E. V., hielt am 9. Februar 1931 seinen 20. Verbandtag ab. Im Vordergrunde der Beratungen standen die trüben Erfahrungen, die der Verband im Laufe der Jahre hinsichtlich der unterschiedlichen Behandlung gesammelt hat. Dabei wurde festgestellt, daß entgegenstehende Verfügungen des Herrn Wojewoden, sowie des obersten Leiters der Hauptfürsorgestelle häufig ohne praktischen Erfolg geblieben sind. In Sachen Abänderung des Versorgungsgesetzes, wurde beschlossen, die Bemühungen, die auf dieses Ziel gerichtet sind, unentwegt fortzusetzen. Ferner wurde die Satzung des Verbandes in einigen wesentlichen Punkten abgeändert. Ein historischer Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Verbandes wurde mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Einnahme im verflossenen Jahre 1961,40 Zloty, die Ausgabe 1380,35 Zloty betragen hat, sodaß ein Barbestand von 581,05 Zloty ins neue Jahre hinübergenommen werden konnte. Der geschäftsführende Vorstand, mit Direktor Kotterba an der Spitze, wurde einstimmig wiedergewählt.

Betasten von Lebensmitteln untersagt

Das schlesische Wojewodschaftsamt weist nochmals daraufhin daß, laut den geltenden Bestimmungen aus hygienischen Gründen, das Betasten von Lebensmitteln usw. streng untersagt ist.

Der Verkauf von Zuckerwaren usw. auf Straßen, Märkten, Verkaufsständen, Buden und in Körben hat nur im verpacktem Zustande zu erfolgen.

Pfefferkuchen, Bretzel, sowie anderes Gebäck muß im Straßenhandel unbedingt unter Glas (Glasschränke, Glasglocken, Glaskisten usw.) aufbewahrt werden.

Nichtbefolgungen werden streng bestraft. z.

2. Frühjahrsmesse in Kattowitz

Nach einer Mitteilung der schlesischen Landwirtschaftskammer findet in der Zeit vom 22. Mai bis 8. Juni d. Js., in der Ausstellungshalle am Park Kosciuszki in Kattowitz die 2. Frühjahrsmesse statt. Nähere Informationen über Festsetzung des Anmeldetermins, sowie Erhebung der Standgelder, erteilt die Landwirtschaftskammer in den nächsten Tagen. y.

Offenhaltung der Friseurgeschäfte

Auf Grund des Paragraphen 105 der Gewerbeordnung können die Friseur- und Perückenmacherläden, innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, am kommenden Sonntag, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, für das Publikum offengehalten werden. y.

Beschlagnahmt

Die gestrige Nummer des „Volkswille" ist wegen des Artikels „Gerichtssaal als Terrain des Kampfes um Recht und Freiheit" beschlagnahmt worden.

Kattowitz und Umgebung

Tätigkeitsbericht des Kaufmanns- und Gewerbegerichts. Im Berichtsmonat Januar fand beim städtischen Kaufmannsgericht eine Sitzung statt. Zur Erledigung gelangten 10 Streitsachen und zwar 2 durch Einigung, 5 Anträge auf andere Weise, ferner je eine Streitsache durch Versäumnisurteil, Anerkennungsurteil, sowie endgültiges Urteil. Vertagt wurden 5 Anträge. Neueingelaufen sind 10 Streitsachen. — Im gleichen Monat gelangten beim städtischen Gewerbegericht 19 Streitsachen durch Einigung, 26 durch Versäumnisurteil, ferner 11 Anträge durch Anerkennungsurteil, 13 durch endgültiges Urteil, sowie 16 Streitsachen auf andere Weise zur Erledigung. Zur Vertagung kamen zusammen 96 Streitsachen, während 59 Anträge neu eingegangen sind. Sitzungen wurden beim städtischen Gewerbegericht insgesamt 8 abgehalten. y.

Explosion einer Sauerstoffflasche. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in den Nachmittigsstunden des vergangenen Montag in Kattowitz. Der Arbeiter Hermann Pawle war im Auftrage seiner Firma mit dem Fortschaffen einer Sauerstoffflasche beauftragt worden. Plötzlich kam diese zur Explosion, wobei dem Arbeiter 3 Finger der rechten Hand abgerissen wurden. Mittels Auto der Rettungsstation wurde der Verunglückte nach dem städtischen Spital überführt. y.

Schornsteinbrand. In dem Hausgrundstück Marszalka Pilsudskiego brach infolge Unvorsichtigkeit ein Schornsteinbrand aus. Das Feuer konnte noch vor Eintreffen der Berufsfeuerwehr von Hauseinwohnern gelöscht werden. Der Brandschaden ist unwesentlich. y.

Königshütte und Umgebung

Vom Holzarbeiterverband. Am Sonntag fand die fällige Jahreskonferenz im Volkshaus Krol. Huta statt, zu welcher die Delegierten vollzählig erschienen waren. Die Jahresberichte des Verbandsleiters sowie des Hauptkassierers standen im Zeichen der Wirtschaftskrise. Trotzdem ein nennenswerter Fortschritt im Verlauf des Geschäftsjahres 1930 schwer zu verzeichnen ist, hat die Konferenz anerkannt, daß die Verbandsleitung ihre Pflicht erfüllt hat und die Fluktuation der Mitglieder dadurch behoben werden muß, daß ein jeder zur Mitarbeit herangezogen werden muß, um bei gegebenen Angriffen der Arbeitgeber gewappnet zu sein. Die Kassenbilanz schließt trotz der hohen Ausgaben anläßlich der Arbeitslosigkeit und anderen Unterstützungen mit einem erfreulichen Aufschwung ab. Die Neuwahl ergab mit einiger Veränderung die Wiederwahl des alten Vorstandes. Unter Punkt Anträge wird der Vorstand beauftragt, im Interesse der Arbeitslosen sowie der Wirtschaftskrise Beschwerde beim Arbeitsinspektor gegen die Betriebe einzureichen, die trotz schriftlicher Anerkennung die achtstündige Arbeitszeit noch überschreiten. Auch über die Arbeitsvermittelungsämter durch die Arbeitslosenämter wurde Kritik geführt und nachweisbare Unterlagen sollen gesammelt werden. Die unsinnig übertriebene Lehrlingszüchterei, das kranke Kind aller Berufsgruppen, wird von einzelnen Delegierten behandelt und der Vorstand beauftragt, bei der Handwerkskammer über die krassen Fälle Beschwerde einzureichen. Nach Erledigung weiterer interner Verbandsangelegenheiten wurde die Konferenz nach 5½stündigem ruhigen Verlauf vom Vorsitzenden geschlossen.

Auf zu den „Freien Sängern"! Wer von uns wünschte sich nicht gern einmal das wahre Gesicht hinter einer Maske zu verbergen? Die Gelegenheit dazu bietet euch der freie Arbeiter-Gesangverein, Volkschor „Vorwärts", indem er alle Gönner zu seinem am 14. 2. arrangierten Maskenball einladet. Hier besteht ein Maskenzwang.

Warnung vor einem Schwindler. Vor einiger Zeit gewann Frau Franziska Muschiol von der ulica Katowicka 54 in der Lotterie einen Betrag von 300 Zloty. Dieses mußte ein Gauner in Erfahrung gebracht haben, der in ihrer Wohnung erschien, sich als Beauftragter der Steuerbehörde vorstellte und angab einen Betrag von 12,80 Zloty einkassieren zu müssen. Die leichtgläubige Frau kam dem Ersuchen nach und händigte dem falschen Beauftragten die geforderte Summe aus. Erst spätere Erkundigungen brachten die Wahrheit an den Tag, aber erst als der Betrüger über alle Berge war. m.

Aus dem Fundamt. In der Polizeidirektion Königshütte wurde ein an der ulica Bytomska gefundener Geldbetrag abgegeben, ferner ein an der ulica Chrobrego gefundener Herrenmantel, wollene Handschuhe und ein Schlüssel. Genannte Fundsachen können in der obengenannten Direktion, Zimmer 10, von den Eigentümern in Empfang genommen werden. — Bei der Frau Marie Wojtalla an der ulica Lukaszczyka 1, ist ein Jagdhund zugelaufen. Der Eigentümer kann sich zum Empfang in den Polizeikasernen melden. m.

Siemianowitz

Schiebung!

Wer die Wahl hat, hat die Qual! Diesmal trifft dies für Richterschächte zu, denn in zwei Tagen sollen dortselbst die Betriebsratswahlen stattfinden und noch sind alle gesetzlichen Formalitäten nicht restlos erfüllt. Bis jetzt hätte ja sonst alles zur Zufriedenheit geklappt, nur hat sich jetzt auch die Werksleitung in die Wahlhandlung gemischt, ganz unberechtigterweise. So sollen nach Ansicht des Direktors, die Aufseher im Schichtlohn nicht mehr auf der Angestelltenliste, sondern bei den Arbeitern wählen. Wo diese Kategorie von Arbeitnehmern eigentlich wählt, ist dem Direktor nämlich ganz schnuppe. Der sehr vorsichtige Herr befürchtet nur, daß diese Aufseher im Schichtlohn von ihrer Wahlbeteiligung etwas ganz anderes ableiten könnten, nämlich die Berechtigung, der Angestelltenversicherung zugeführt werden zu müssen. Daher dieser Protest, den er sehr wohlweislich eingelegt hat. Einerseits wird der Aufseher im Schichtlohn über seine früheren Kollegen hinweggehoben, sobald man ihn als Antreiber, also zum Kapitalistenknecht, braucht, andererseits dagegen wird er dann wieder unter seine früheren Kollegen zurückgestoßen, denn er könnte sich einbilden, etwas „Besseres" zu sein und Forderungen stellen. Das Manöver mit dem Protest ist also sehr durchsichtig. Und er geht sogar sehr rücksichtslos vor, der Herr Direktor mit der Zurücksetzung der Schichtlohnsaufseher; nicht einmal vor den „Kumpels" aus dem Arbeiterlobhudelei-Gesangverein „Spiew" hat er Halt gemacht, diese werden ganz genau so, wie die Anderen, zur Seite geschoben. So mancher „Niech żyje nam" ist demnach ungehört zum Himmel emporgestiegen. Aber es schadet nicht!!!

Nun die rechtliche Seite der Medaillie. Bereits in den Jahren 1923/25 entstand derselbe Streit, um die Wahlberechtigung der Aufseher im Schichtlohn. Damals wählten diese Aufseher auf der Arbeiterliste. Da aber bei jeder Betriebsratswahl die freigewerkschaftlichen Angestellten den Sieg davontrugen, protestierte die so allmächtige Polnische Berufsvereinigung unter der Leitung der Patentpatrioten gegen diese Wahlbeteilung beim Oberbergamt und dann beim Schlichtungsausschuß und behielt durch einen Schiedsspruch das Recht, daß diese Schichtlohnsaufseher bei den Angestellten wählen durften. Damit glaubte man die Freigewerkschaftler geschlagen zu haben, was aber nicht zugetroffen ist. Erst als man die freigewerkschaftliche Führung beseitigte (Siehe Sündenregister Jendrusch, Seite 9861) gerieten die freien Gewerkschaften ins Hintertreffen. Ob es in den Betrieben unter dem Regime der polnischen Berufsvereinigung besser geworden ist, weiß die Belegschaft am Besten zu beurteilen. Während ein großer Teil der einheimischen Belegschaft auf der Straße liegt, sind immer noch fast 300 Auswärtige im Betriebe der Richterschächte beschäftigt.

Aus obigen Ausführungen ist ersichtlich, daß der Schiedsspruch vom Jahre 1925/26 immer noch maßgebend ist und absolut keine Veranlassung vorliegt, diesen umzustoßen und Wahlstänkereien zu praktizieren.

Das müßte der Werksdirektor ja ebenfalls wissen; er weiß beispielsweise ganz genau, daß dem Betriebsausschuß vierteljährlich ein Quartalsbetriebsbericht vorgelegt werden muß, widrigenfalls eine Bestrafung der Werksleitung bis zu 5000 Zl. erfolgen kann und hat seit 3 Jahren einen solchen Bericht nicht vorgelegt. Der § 71 des deutschen Betriebsrätegesetzes besagt das ausdrücklich; sollte aber der Werksdirektor die deutsche Schriftsprache nicht beherrschen, so beherrscht diese bestimmt das kleine Fräulein Tochter, welche von einer deutschen Gouvernante in dieser verhaßten germanischen Sprache erzogen wurde, während Arbeiterväter, die ihren Kindern dieselbe Erziehung gönnen, auf die Straße fliegen.

Wenn auch der Wahlvorstand richtiggehend, dem Arbeitsinspektor diese strittige Protestangelegenheit zur Entscheidung vorgelegt hat, so ist diese möglichst sofort einzuholen, oder der Wahlvorstand entscheidet in diesem Falle unter sich selbst. Eine Verschiebung der Wahlen über den angesetzten Termin, würde von einer gänzlichen Unfähigkeit des Wahlvorstandes zeugen. Hier gibt es nur ein entweder — oder? R. B.

Achtung, Nähstubeninteressenten von Siemianowice, Bittkow und Michalkowitz. Am Montag, den 16. 2. 31., nachm. 2 Uhr, findet bei Kozdon, ul. Sienkiewicza unser Nähkursus wieder statt. Interessenten der Freien Gewerkschaften wie Afabund und Arbeiterwohlfahrt werden ersucht, die Kursusteilnehmer bis Sonntag, den 15. 2., nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kozdon namhaft zu machen. Außerdem laden wir auch die Teilnehmer zu der am Sonntag, den 15., nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt herzlich ein. Der Vorstand.

Kann die Armenkommission Auskunft geben? Wie bekannt, sollten an die Ortsarmen und Arbeitslosen 500 Tonnen Kohlen zur Verteilung kommen; jede Familie erhielt 10 Zentner. Da aber die Richterschächte 153 und Ficinusschacht 110 Tonnen der Armenfürsorge schenkte, was sehr anerkennenswert ist, hätten 753 Tonnen zur Verteilung kommen müssen. Es ist nicht anzunehmen, daß dieses Geschenk von der Wojewodschaft für andere Ortschaften verwendet worden ist, denn in unserem Elendswinkel dürfte es genügend Arbeitslose geben, die von der Kohlenspende nichts erhalten haben.

In letzter Stunde. Während in der Laurahütte immer noch „Ueberfluß" an Facharbeitern vorzuherrschen scheint, im Verlauf der letzten Woche wurden 20 Mann entlassen, erhielt das Werk für das Grobblech einen größeren Russenauftrag, welcher 6 Monate Herstellungszeit benötigt. Dadurch ist das Gespenst der Arbeitslosigkeit für eine gewisse Zeitspanne gebannt. Auch im Stahlwerk werden die eingestellten Arbeiten bei dem zweiten Ofen wieder fortgesetzt.

Noch glücklich geendet. Diesesmal waren es nur zwei Rennpferde, aus dem Gestüt im Schloß. Beide rannten in vollster Karriere die Beuthenerstraße herunter; das Volk stieb nach allen Seiten auseinander, ein Kutscher konnte mit seinem Wagen nicht mehr ausweichen und fuhr auf den Bürgersteig, wobei er die Deichsel brach. Glücklicherweise sind Menschen nicht verletzt worden. Am Marktplatz erst konnten die wildgewordenen Pferde ergriffen werden.

Michalkowitz. (200 Mann abgebaut.) Die Maxgrube, welche in der Umgebung von Laurahütte im Vorjahr einen sehr guten Kohlenabsatz hatte, so daß gar keine Feierschichten eingelegt werden mußten, hat sich nun entschlossen, gleichfalls 200 Mann etappenweise ab 15. d. Mts. abzubauen.

Myslowitz

Schoppinitz. (Banditenüberfall auf die Schule 2.) In der Nacht von Montag auf Dienstag wurden von einigen unbekannten Tätern die Fensterscheiben der Schule 2 in Schoppinitz (Wilhelminehütte) eingeschlagen. Die Türen zu einigen Klassenzimmern wurden erbrochen. Im physikalischen Kabinett, in dem sich wertvolle Unterrichtsgegenstände befanden, wurde eine ungeheure Verwüstung angerichtet. Die Unterrichtsgegenstände wurden teils zerbrochen, teils zerschlagen. Am gestrigen Morgen wurde die Verwüstung bemerkt und der Polizei gemeldet. Bis jetzt sind zwei junge Leute aus Schoppinitz, die an diesem Ueberfall wahrscheinlich beteiligt waren, festgenommen worden —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Forderung um Errichtung von Kommunalfriedhöfen!

Am Sonnabend fand im Saale des Arbeiterkasino in Bismarckhütte eine imposante Kundgebung gegenüber den Machinationen von seiten der katholischen Geistlichkeit statt. Kollege Richter eröffnete dieselbe und begrüßte die Anwesenden, die so zahlreich dem Ruf gefolgt sind. Ausgehend von den verschiedenen Ereignissen in letzter Zeit, die sich bei den Beerdigungen von einzelnen Genossen abspielten, wäre es am Platz, mit größerem Interesse an die Forderung von Kommunalfriedhöfen heranzugehen. Genug der Schande des Klerikalismus gegenüber andersgesinnten Bürgern! Sind wir etwa keine Menschen? Zahlen wir denn keine Steuern dem Staate? Deshalb fordern wir diese Ruhestätte; damit wir nicht länger mehr dieser Schmach ausgesetzt sind. Genosse Stabik von der P. P. S. gab alsdann in sachlicher Weise die Wege bekannt, die beschritten werden müssen, um die obengenannte Forderung zu erreichen. Es gibt 2 Möglichkeiten, einen eigenen Friedhof von seiten der Freidenker zu errichten, was gesetzlich zulässig ist, oder anderseits die Errichtung von Kommunalfriedhöfen, welche aber bei der Zusammenstellung der jetzigen Behörden schwerer zu erledigen sind. Es sprachen dann noch einige Genossen der verschiedenen Richtungen, die, wenn auch mitunter etwas abweichend im Prinzip, einig waren, unabhängige Ruhestätten zu fordern.

Nachdem die Rednerliste erschöpft war, wurde zur Wahl eines Komitees geschritten, aus der 8 Genossen hervorgingen. Dieselben haben die Aufgabe, weitere Schritte zu unternehmen. Als nächstes Ziel sind Kongresse in Königshütte und Kattowitz einzuberufen. Zum Schluß wurde aus der Mitte heraus eine Resolution gefaßt, die wie folgt lautet:

Das Ortskartell der freien Bewegung, einberufen am 8. Februar 1931 im Saale des Herrn Brzezina, Hajduki W., vertreten durch die unten angeführten Verbände und Vereine bei Anwesenheit von mehreren hundert Mitgliedern, stellt fest, daß es unsere vornehmste Pflicht ist, dahin zu wirken, in den größeren Ortschaften der Wojewodschaft einen eigenen oder Kommunalfriedhof zu erlangen, um den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, die der hiesige Klerus der Beerdigung unserer verstorbenen Kollegen in den Weg legt.

Wir appellieren daher an unsere maßgebenden Vertreter in der Partei und Gewerkschaft, diese für uns so wichtige Angelegenheit in die Hand zu nehmen, einen Kongreß einzuberufen, ein Komitee von mindestens 3 Genossen und ebensoviel Vertretern zu wählen, welche die Aufgabe haben werden, die Angelegenheit zum Ziel zu führen. Weiter erklären wir allen denen, die diese Bestrebungen kennen, den schärfsten Kampf. Den Kampf für die Aufklärung hat nicht nur der klassenbewußte Arbeiter zu führen, sondern das ganze Proletariat und die ihm nahestehenden Intellektuellen.

Die Arbeiter der Falvahütte fordern! Am 5. d. Mts. fand im Saale des Herrn Michallik zu Schwientochlowitz eine Betriebsversammlung der Falvahütte statt, auf welcher nachstehende Resolution gefaßt und einstimmig angenommen wurde: Die Belegschaft der Falvahütte, vertreten durch etwa 1200 Anwesende, verlangt sofortige Einstellung der Feierschichten und der Entlassung von Arbeitern. Auf den Standpunkt der Verwaltung, wonach wir feiern müssen, um mit dem Auslande konkurrieren zu können, machen wir folgenden Vorschlag: Um die Selbstkosten herabzusetzen, soll man nicht am Arbeiter sparen, welcher in vielen Fällen ohnehin nicht weiß, von wo er das Notwendigste zum Leben hernehmen soll, welche Tatsache die Kaufmannschaft am besten bestätigen kann, sondern ist es vor allem notwendig, die fürstlichen Gehälter der hohen Hüttenbeamten auf mindestens die Hälfte herabzusetzen. (Daß sieben Herren der Bismarckhütte 4 000 000 jährlich bezogen haben, ist doch kein Geheimnis.) Auf Grund der durch diese Maßnahme erzielten Ersparnisse soll man vor allem die Preise der Hüttenerzeugnisse herabsetzen. Wenn das erfolgt, dürfen wir Bestellungen erhoffen. Danach wären Feierschichten und Arbeiterentlassungen überflüssig. Wir glauben bestimmt, daß bei gutem Willen, an welchem es ja bei allen Kapitalisten mangelt, man den vorgezeichneten Weg zum Segen der Gesamtheit gehen könnte. Es geht nicht an, die ganze Last auf die Schultern des Arbeiters abzuladen und selbst keinen Groschen opfern wollen. Die Belegschaft erhofft, daß die maßgebenden Stellen auf das Beginnen der Bismarckhütter Verwaltung hinsehen und der Korruption Einhalt gebieten. Die Belegschaft will dem Gesamtwohl nicht durch Feierschichten und Herumlungern auf den Straßen dienen, sondern durch Arbeit. Die Belegschaft verläßt die Versammlung mit dem Ausruf: „Es lebe die Arbeit".

Bismarckhütte. (Schlägerei.) In einem Verkaufsladen auf der ul. 16. Lipca 58 wurde der Maler Grund von einem Komplizen mit einer Bierflasche ins Gesicht geschlagen, wobei ihm die Schlagader aufgeschnitten wurde. Er mußte mittels Sanitätsauto ins Lazarett geschafft werden.

Groß-Piekar. (Feuer infolge Schornsteindefekt.) In dem Hause Marjacka 61 brach Feuer aus, durch welches das Dach, sowie der Fußboden der Fleischerwerkstatt vernichtet wurden. Der Brandschaden beträgt 5000 Zloty. Das Feuer wurde von der dortigen Wehr gelöscht. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen soll das Feuer infolge Schornsteindefekt hervorgerufen worden sein. z.

Groß-Piekar. (Einbruch in eine Schlosserwerkstatt.) Zur Nachtzeit wurde in die Schlosserwerkstatt des Inhabers Anton Menscher auf der ulica Marjacka 197 ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort verschiedene Apparate im Gesamtwerte von 1100 Zloty. Den Einbrechern gelang es unerkannt mit der Diebesbeute zu entkommen. z.

Scharley. (Verwegene Jagd nach 2 Einbrechern.) In der Nähe der „Cäcilienschachtanlage", bemerkte ein wachhabender Polizeibeamter zwei verdächtige Personen, welche größere Pakete mit sich führten. Auf den Anruf des Beamten „stehen zu bleiben", reagierten die Täter nicht, sondern flüchteten, nachdem sie die Pakete fortwarfen. Die Verfolgung nach den Einbrechern verlief erfolglos: In den Paketen befanden sich u. a. Herren- und Damenhüte. Der Schaden wird auf 2400 Zloty beziffert. z.

Rybnik und Umgebung

Vor die Lokomotive geworfen.

Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Przyszowic-Makoschau wurde die Leiche der 45jährigen Witwe Martha Gornik aus der Ortschaft Przyszowic aufgefunden. Es erfolgte die Ueberführung in die Leichenhalle des Spitals. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen liegt Selbstmord vor. Wie es heißt, soll sich die Gornik bereits seit längerer Zeit mit Selbstmordgedanken getragen haben. z.

Knurow. (Früh übt sich . . .) Ein „nettes" Früchtchen scheint der kaum 18jährige Bürolehrling Theodor N. zu sein, welcher auf einer Zahlungsanweisung die Unterschrift seines Lehrherrn, des Advokaten Dr. Peter Struzyk aus Rybnik sowie die Summe von 2 135,91 Zloty fälschte. Daraufhin begab sich N. nach der Postanstalt und ließ sich dort die Summe auszahlen. Das Geld veruntreute der Bursche. Inzwischen gelang es den jugendlichen Fälscher zu fassen und in Polizeigewahrsam zu nehmen. z.

Niedobczyce. (Die Axt als Einbrecherhilfswerkzeug.) In der Nacht zum 6. d. Mts. wurde in die Wohnung der Valerie Musiol ein Einbruch verübt. Der Täter öffnete gewaltsam die Wohnungstür mit einer Axt und stahl aus einem Fach die Summe von 50 Zloty. Der Einbrecher konnte inzwischen arretiert werden.

Bielitz und Umgebung

An den Skilauf.

Breit beschwingt, mit weichem Flügel,
Sausend über Berg und Hügel,
In gedankenschnellem Lauf.
Erdenschwere überwunden,
Aller Hemmungen entbunden
Halten wir die Sonne auf.

Welt in frohen Festesfarben,
Himmel voller Feuergarben
Und die Luft ein Freudenchor.
Alles Traurige versunken,
Jauchzend, jubelnd, siegestrunken
Stehn wir an der Sterne Tor.

Da — im künsten Ueberschwange
Folgst du einem dunklen Drange
Und der Erdgeist zieht dich hin.
In der Furche hingekauert,
Hat er tückisch dich erlauert,
Freut sich jetzt mit bösem Sinn.

Doch nur eine feste Drehung
Und du feierst Auferstehung,
Steigst empor aus weißem Staub.
Vorsicht lerne auch beim Stürmen:
Wenn sich dann Gefahren türmen,
Wirst du nimmermehr ihr Raub.

Weiße Kunst! — Das Weltgeschehen
Und der Menschheit Auferstehen
Taucht in deinem Bild mir auf.
Trotz den Feinden! Trotz den Tücken!
Herrlich wird die Welt beglücken
Einst der Arbeit Siegeslauf.

Marie Deutsch-Kramer, Wien.
(Gewidmet der 2. Arbeiter-Winterolympia).

Achtung organisierte arbeitslose Metallarbeiter von Bielsko und Umgebung! Alle organisierten arbeitslosen Metallarbeiter, welche vom Arbeitslosenfonds bereits ausgesteuert sind und ihre Unterstützung vom Verband der Metallarbeiter bereits erschöpft haben, jedoch die Weihnachtsspende der Ortsgruppe der Metallarbeiter in Bielsko nicht erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, sich im Sekretariat der Metallarbeiter in Bielsko bis zum 15. Februar l. Js. zu melden, damit auch ihnen diese Spende ausgezahlt werden kann. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt werden können.

Der Vorstand der Ortsgruppe Bielsko.

Aus der Tätigkeit der Polizei. Im Bereiche der Bielitzer Polizeidirektion bezw. Polizeibezirkes sind im vergangenen Jänner nachstehende Delikte der Polizei bekannt gegeben worden: Landstreicherei und Betteln 36, Fälschung von Geld- und Wertpapieren 4, Verbrecherische Brandlegung 1, Zufallsbrände 2, Sexualvergehen 1, Körperverletzung 20, Fruchtabrteibung 1, Bahndiebstahl ohne Einbruch 1, andere Diebstähle 7, Einbruchsdiebstähle 11, Taschendiebstähle 3, Feld- und Walddiebstähle 5, Diebstähle ohne Einbruch 44, Betrug 15, Erpressung 1, Verurteilung 8, Wilddieberei 2, Uebertretung der Handels- und Administrationsvorschriften 10, Selbstmord 1, tödliche Unglücksfälle 8, Uebertretung der Meldevorschriften 17, Trunkenheit 7, Uebertretung der Sanitäts- und Administrationsvorschriften 67, Entziehung vom Militärdienst 4, Unerlaubtes Waffentragen 1, und dann noch 266 andere Fälle. Verhaftet wurden 38 Männer und 13 Frauen. — Im Bereiche des Bialaer Polizeibezirkes sind im Laufe des Jänner d. J. 355 Delikte angemeldet worden, davon wurden mit Einschluß der vergangenen Monate 330 eruiert. Die erforschten Fälle betreffen: Landstreicherei 2, Kindesmord 1, Brandlegung 1, Zufallsbrände 1, Moralitätsvergehen 2, Körperverletzung 13, Einbruchsdiebstähle 8, Walddiebstähle 21, Diebstähle ohne Einbruch 31, Viehdiebstahl 1, Betrug 8, Veruntreuung 3, Wildjagd 6, Uebertretung der Sanitätsvorschriften 18, Uebertretung der Handelsvorschriften 27, Unglücksfälle (tödlich) 2, Uebertretung der Meldevorschrift 4, Trunkenheit 29 und 154 verschiedene andere Fälle. Verhaftet wurden 16 Männer und 4 Frauen.

Oeffentliche Ruhestörung. In jedem geordneten Stadtgemeindewesen ist man darauf bedacht, daß Ruhe und Ordnung herrscht und die Bürger nicht durch Lärmen auf der Straße beunruhigt werden. Mit Ausnahme von Festtagen und sonstigen besonderen Anlässen, wo die Einwohner schon im vorhinein darauf vorbereitet sind, regt ein Umzug mit Musik die Oeffentlichkeit nicht besonders auf. Anders ist es aber, wenn der nichtsahnende Bürger plötzlich durch einen lärmenden Gesang unnötig in Aufregung versetzt wird. Es herrscht noch immer die üble Gewohnheit, daß durch die Stadt ziehende Soldatengruppen zum Singen aufgefordert werden. Will man damit dokumentieren, daß trotz der schweren Krise, der großen Not und dem Massenelend, es nur dem Militarismus gut geht? Wir geben zu, daß außer den Mannschaftspersonen, es vom Leutnant aufwärts allen sehr gut geht. Wie kommen aber die Bürger dazu, die ohnehin schwere Lasten für den Militarismus aufbringen müssen und jetzt ohnehin infolge der schwierigen Wirtschaftskrise im höchsten Grade nervös sind, auch noch durch Lärmen auf der Straße noch mehr aufgeregt werden sollen. Der Vorkriegsmilitarismus war beileibe nicht rücksichtsvoller als der Nachkriegsmilitarismus. Aber soviel Taktgefühl besaß er doch, daß beim Betreten einer größeren Ortschaft oder Stadt das Singen eingestellt wurde. Wir glauben, daß es dem Militarismus auch keinen Abbruch tun wird, wenn die Kommandostellen auf die Abbestellung dieser Unsitte einwirken werden.

Die Gesellschaft der Zukunft

Die Umgestaltung der Gesellschaft, die Verwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische, die wir alle ersehnen und für den Anbruch einer neuen Zeit wir arbeiten, wird sich nach folgenden Grundsätzen vollziehen:

1. Das gesamte Volk wird nur aus Arbeitern zusammengesetzt sein, die alle in gleichem Maße Mitbesitzer am Gemeineigentum der Produktionsmittel sind. Die Klassenunterschiede werden in der Gesellschaft verschwinden und damit auch der zwischen ihnen während Kampf; ebenso wird auch der Staat, wie er heute besteht, ausgeschieden sein. Die Herrschaft über die Menschen wird durch die Verwaltung der Güter ersetzt. Die Uebereinstimmung der Interessen bringt den gesellschaftlichen Frieden.

2. Heute wird erzeugt, um mit Profit zugunsten Einzelner zu verkaufen. In der neuen Gesellschaft aber wird nur für die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse produziert. Statt sich gegenseitig zu übervorteilen, werden sich die Menschen gegenseitig helfen.

3. Die Freiheit, heute für neun Zehntel aller Menschen ein leerer Begriff, wird eine frohe und lebendige Wirklichkeit werden. Die Freiheit besteht im Recht, die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Dafür werden die Mittel, durch die gesellschaftliche Arbeit vervielfältigt, für jeden erreichbar sein. Denn die gesellschaftliche Produktion wird eine fruchtbarere sein als die der privaten Industrie von heutzutage, während gleichzeitig die Mühewaltungen des Einzelnen reduziert werden.

Jedes Mitglied der Gesamtheit ist zur gesellschaftlichen Arbeit verpflichtet. Diese Arbeit wird eine im Vergleiche zu heute beschränkte sein, weil:

a) der Schaden, den gezwungene Arbeitslosigkeit (tote Saison, Krise usw.) und freiwillige Arbeitsenthaltung (Streik usw.) verursachen, nicht mehr vorkommen;

b) der Müßiggang der schmarotzenden Klassen und ihrer Diener und der Arbeitsverlust des Kasernendienstes aufgehoben sein werden;

c) alle menschlichen und maschinellen Kräfte, die heute für schädliche Arbeit (Erzeugung von Kriegsmaterial) oder unnütze Aufwendungen (Reklame und Kapitalschiebungen) verbraucht werden, der nützlichen Arbeit zuhalten werden;

d) alle heute in sinnloser Konkurrenz vergeudeten Anstrengungen nutzbringend verwendet werden;

e) die technische Entwicklung einen raschen Verlauf nimmt, da jedermann ein Interesse daran hat, neue Maschinen zu erfinden und die vorhandenen möglichst zu vervollkommnen, da dadurch das Wohl des Erfinders wie der Gesamtheit gehoben wird und kein Privatrecht solche Errungenschaften beschränken kann.

Die Wandlung der heutigen Verhältnisse zu den obigen der Zukunft wird natürlich nicht das Werk eines Augenblicks in einer naheliegenden Zeit sein. Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich unter dem Einfluß der stetig wachsenden technischen Errungenschaften wandeln, muß auch die Arbeiterschaft durch die Schule der freien Gewerkschaften hindurch zu jener Gesellschaft heranwachsen, die zu der Gestaltung des Sozialismus fähig ist.

Aktion zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit — aber nicht bei uns. Der frühere kanadische Ministerpräsident Arthur Meighen legte kürzlich in einer Versammlung von Geschäftsleuten von Toronto in ebenso kurzer wie klarer Weise dar, weshalb die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden per Tag eine unbedingte Notwendigkeit ist. Er sagte: „Solange der erfinderische Geist der Menschen nicht neue Arbeitsmöglichkeiten oder Industrien ausfindig macht, die den durch die Technisierung freigesetzten Arbeitern Beschäftigung geben können, müssen sich die Nationen der Welt zusammentun und einen Pakt zur Verkürzung der Arbeitszeit abschließen." In ähnlicher Weise sprach sich der bekannte Senator A. C. Hardy aus, der ausdrücklich erklärte, er sei von der Richtigkeit der Forderung der Arbeiterbewegung auf Verkürzung der Arbeitszeit überzeugt.

Bielitz: „Wo die Pflicht ruft!"

Verein jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Mittwoch, 11. Febr., 7 Uhr abends, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 12. Februar, um ½7 bis 8 Uhr, Mädchenhandarbeit; 8 Uhr abends Diskussionsabend.

Freitag, 13. Februar, 6 Uhr abends, Musikprobe.

Sonntag, 15. Febr., 4 Uhr nachm., Gesangs- und Spielabend.

Ski-Sektion der „Naturfreunde".

Aushängekasten. Die Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß Touren sowie andere Veröffentlichungen bloß in dem Aushängekasten der „Naturfreunde" am Sparkassengebäude (Haltestelle der Elektrischen) angebracht werden.

Ausflug. Sonntag, den 15. Februar, findet ein Ausflug auf den Josefsberg statt. Treffpunkt ½8 Uhr früh Elektr. Zentrale. Abfahrt je nach den Schneeverhältnissen. Führer. Homa.

Vorstandssitzung. Donnerstag, den 19. Februar findet im Vereinslokal „Tivoli" eine wichtige Vorstandssitzung statt.

Verein jugendlicher Arbeiter Kamitz.

Obiger Verein veranstaltet am Samstag, den 14. Februar, im Gemeindegasthaus des Herrn Wiesner, eine Faschingsunterhaltung, wozu alle Freunde und Gönner wie auch Sympathiser auf das herzlichste eingeladen werden. Ersuchen alle Brudervereine diesen Tag freizuhalten. **Das Komitee.**

Verband der Kommunalangestellten in Bielitz. Am Freitag, den 13. Februar 1931, findet um 5 Uhr nachmittags im Restaurant Pilsnerhof, Ring Nr. 11, die ordentliche Generalversammlung des genannten Vereines mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Der Vorstand

Arbeiter-Abstinentenbund. Samstag, den 14. Februar, findet im Arbeiterheim (Bibliothekzimmer) eine Vorstandssitzung des Arbeiter-Abstinentenbundes um 6 Uhr abends statt. Alle Mitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen zwecks Generalversammlung. Gäste willkommen.

Kamitz. (Schulfreunde.) Am Sonntag, den 15. Februar, findet um 3 Uhr nachmittags, im Gemeindegasthaus die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Vereins „Schulfreunde" mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Mitglieder erscheint alle! Der Vorstand.



„Wann wird es denn nun endlich warm?"
„Wie soll ick denn det wissen, Herr — ick bin doch Portier!"
(Judge.)

Der Schuß auf der Bühne

Von Claude Orval.

Jacques Melky und Georges Melville waren Schauspieler am gleichen Theater. Eigentliche Rivalen waren sie ja nicht, denn während Melville die Hauptrollen spielte, mußte Melky sich stets damit begnügen an zweiter oder dritter Stelle zu stehen. Melky hatte aber eine große Meinung von sich selbst, weswegen er seinen glücklicheren Kollegen haßte und beneidete, während ihn dieser verachtete.

Jedesmal, wenn neue Rollen verteilt wurden, wiederholte sich dieselbe Szene, Melville erhielt sein Rollenheft, untersuchte den Anfang, warf einen hastigen Blick auf den Haufen, der übrig blieb, um sich zu überzeugen, daß sein Heft obenauf gelegen hatte. Dann fing er augenblicklich an, seine Rolle durchzulesen, indem er durch sämtliche Winkel des Theaters kroch und bald mit hochtrabendem Pathos, bald mit eindringlichem Geflüster und Gezischel deklamierte. Melky nährte die verzweifelte Hoffnung, daß er doch endlich mal die Rolle bekommen müsse, die sein Talent offenbaren würde. Wenn er dann mit seinem Rollenheft in der Hand dastand, das wie gewöhnlich das dünnste war, knüllte er es rasend zusammen und zischte:

„Es ist furchtbar — es ist ein Skandal!"

Keuchend stürzte er auf das Büro des Regisseurs:

„Sooo — Sie setzen also die Intrigen fort" — sagte er in einem angestrengt ironischen Ton, „ist das wieder mal alles, was Sie für mich zusammengekratzt haben? Aber jetzt sollen Sie mal sehen, was ich mit Ihrem Schmarren mache."

Außer sich vor Raserei, knallte er das Manuskript in die Ecke.

„Immer ruhig Blut — lieber Freund", erwiderte der Regisseur friedlich, „beklagen Sie sich beim Direktor."

„Ja — das mag der Teufel wissen — daß ich ihm die Meinung sagen werde, und zwar sofort."

Zwei- oder dreimal näherte sich Melky dem Büro des Direktors, ohne einzutreten. Da erschien der Direktor plötzlich in der Tür und maß den Schauspieler vom Kopf bis zu den Füßen.

„Nun, Herr Melky, sind Sie mit Ihrer Rolle zufrieden?"

„Ja — es ist eine sehr schöne Bühnengestalt, ich habe ja nicht viel zu sagen, aber das Ganze liegt ja in der Haltung und Maske. Ich werde ganz ernsthaft mit der Rolle arbeiten."

Dann schlich Melky davon, während der Regisseur ihm lächelnd nachblickte.

Eines Abends war die Generalprobe eines neuen Stückes. Melky sollte Melville im dritten Akt erschießen. Melville hatte die Szene ganz genau einstudiert. Das Generalproben-Publikum war begeistert. Melky, der diesmal viel von seiner Rolle erwartet hatte, grüßte dankend das Publikum. Da hörte er plötzlich den Direktor aus den Kulissen heraus flüstern: „Gehen Sie doch weg, Melky. Zum Donnerwetter, lassen Sie doch Melville allein! Bravo Melville!"

Kochend vor Wut verließ Melky die Bühne.

Am Premierenabend nahm Melky seinen Revolver zur Hand, um die abgebrannte Patrone des vorhergehenden Abends durch eine neue zu ersetzen. Plötzlich fuhr er zusammen. Was war das? Er hatte ja eine scharfe Patrone erwischt. —

„So eine verdammte Schweinerei", sagte er zu sich selbst „Dieser Idiot hätte jetzt leicht ein ernstes Unheil anrichten können." Er überlegte einen Augenblick. Er kämpfte mit sich selbst. Schließlich nahm er ganz mechanisch die Patrone und lud den Revolver.

Zwei Stunden später schoß Melky auf offener Szene den Rivalen nieder.

Melville stieß einen wilden Schrei aus und wandte dem Publikum ein schreckverzerrtes Gesicht mit rollenden Augen zu. Beim Sturz verursachte er einen gewaltigen Lärm. Der Vorhang ging nieder, und vom Zuschauerraum hörte man kräftiges Husten und Zischen.

Melville war indessen nur in die Schulter getroffen, und seine Wunde war zwar schmerzhaft, aber nicht gefährlich.

Melky verbrachte eine schlaflose Nacht.

Sein Verbrechen hatte also nur dazu beigetragen, den Ruhm des Rivalen zu befestigen, das Publikum würde für seine Begeisterung keine Grenzen mehr kennen.

Am nächsten Morgen kaufte Melky sämtliche Zeitungen, deren er habhaft werden konnte. Fieberhaft durchstöberte er eine nach der anderen. Zuletzt verzog er seinen Mund zu einem breiten Grinsen — —. Was die Kritiken über Melville enthielten, konnte man etwa folgendermaßen zusammenfassen:

„Herr Melville enttäuschte gestern seine Bewunderer. Dieser Künstler, dem wir so ergreifende Sterbeszenen verdanken, wirkte in der Schlußszene des dritten Aktes geradezu grotesk. Es war ausschließlich komisch, seine rollenden Augen zu sehen, seine unartikulierten Schreie klangen vollkommen unecht und gekünstelt, und es war maßlos lächerlich, zu sehen, wie er sich platt auf den Boden fallen ließ, als er sterben sollte. Wir wollen in Herrn Melvilles Interesse hoffen, daß er uns bald wieder einmal eine wirklich nachempfundene, erlebte und echte Darstellung bietet..."

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.

Vermischte Nachrichten

Der Skisprung.

Seine Erlernung und Ausübung.

Man nennt den Skisprung die Krone des Schneeschuhlaufes. Und mit Recht. Kein köstlicheres Gefühl kann es geben als diesen Sprung losgelöst von der Erde, auf sich selbst vertrauend in sausender Fahrt durch die Luft. Dabei ist der Skisprung weder besonders schwer noch gefährlich, wenn die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Diese Bedingungen sind Kaltblütigkeit, Mut und Laufsicherheit. Müssen die ersten beiden angeboren sein, so ist die Laufsicherheit durch stete Uebung zu erlernen. Es sollte überhaupt keiner an den Sprunghügel, der nicht sicher ohne Stockhilfe laufen und anfahren kann und der nicht mindestens einen Schlußschwung sicher beherrscht. Dann ist aber der Sprung auch keine gefährliche Sache mehr, vorausgesetzt, daß man nicht den Ehrgeiz hat, mit 40 Meter anzufangen. Wie bei jeder Leistung heißt es auch hier: Klein anfangen, mit der Zeit wird man auch größere Sprünge „stehen". Man vermeide dabei den Fehler der Amerikaner, die die größte Weite zu erzielen suchen unter Vernachlässigung der Haltung. Auch bemühe man sich nicht eher um größere Weiten, ehe man nicht kleinere Entfernungen „gestanden" gesprungen ist. Ein gestürzter Sprung hat seinen Zweck verfehlt, mag er auch noch so weit sein; denn er verratet stets die Unsicherheit.

Es hat selbstverständlich keinen Sinn, an einer großen Schanze den Sprung erlernen zu wollen. Die Etappen sind hierbei: Sprung ohne Hügel, Geländesprung, Sprung am selbstgebauten kleinen Hügel und Sprung von der großen Schanze. Als Vorübung der Sprung ohne Hügel. Zuerst nur der Weitsprung indem man sich eine Entfernung absteckt und diese zu überspringen sucht. In mäßig schneller Anfahrt nähert man sich dem Hindernis, faßt den weitesten Punkt ins Auge und geht in entsprechendem Abstand in die Hocke. Der Sprung selbst wird durch Hochschnellen des Körpers mit gleichzeitigem Anziehen der Füße ausgeführt. Während es hierbei auf das Vorwärtsschleudern des Körpers ankommt, ist beim Hochsprung, der zweiten Art des Sprunges ohne Hügel, das scharfe Anziehen der Beine Bedingung. Ist man hierin ganz sicher, so gehe man zum Geländesprung über und verbinde hier durch Sprünge über wirkliche Hindernisse den Hochsprung mit Weitsprung. Bei diesen Sprüngen hat stets der Körper den Hauptantrieb zum Sprung zu geben, während die Fahrtgeschwindigkeit mehr zur Nebensächlichkeit wurde. Anders ist es beim Sprung am Loopinghügel und dem Sprung am großen Hang. Auf flachem Abhang wirft man sich selbst eine kleine Schanze auf mit leicht gehöhlter und aufwärts strebender Kante. Da hierbei kein Hindernis zu nehmen ist, so braucht der Sprung nicht in der Hocke ausgeführt zu werden, sondern man springt ihn „gestanden". — In aufrecht freier Haltung nimmt man die Abfahrt und geht wenige Meter vor dem Hügel in die Hocke. In dem Augenblick, wo die Schneeschuhspitzen über die Kante des Hügels schauen, richtet man sich ganz scharf und plötzlich auf. Dadurch gibt man dem Körper Fahrt genug, um in einem sanft ansteigenden Bogen durch die Luft getragen zu werden. Dies ist tatsächlich die beste Uebung für den Sprung von der großen Schanze, denn man lernt hier zwangsweise etwas, das man nachher unbedingt braucht: das Vorwerfen des Körpers. Denn all dieses trifft im allgemeinen auch auf den Sprung von der großen Schanze zu, der vor allem durch seine größere Schnelligkeit und längere Dauer schwieriger ist. Während des Sprunges hat man auf die Körperhaltung zu achten: den Körper vorzulegen, die Skienden nicht hängen und die Arme flügelartig kreisen zu lassen.

Wo wird da meiste Brot gegessen.

Der Brotkonsum ist in jedem Lande verschieden. Am meisten Brot wird in Belgien gegessen, und zwar kommen hier 273 Kilogramm pro Jahr auf den Kopf der Bevölkerung. An zweiter Stelle steht Frankreich mit 250 Kilogramm, es folgen die Niederlande mit 210, Ungarn und die Tschechoslowakei mit je 201, Spanien mit 190 und Rußland mit 180 Kilogramm. Der Italiener verbraucht jährlich im Durchschnitt 175, der Engländer 170 und der Amerikaner 160 Kilogramm. An vorletzter Stelle steht Deutschland mit 158 und an letzter die Schweiz mit 100 Kilogramm. Deutschland hat einen sehr starken Verbrauch an Kartoffeln, während in der Schweiz an Stelle des Brotes mehr Milch und Milchprodukte verzehrt werden.



Litwinow nahm an

Der russische Außenminister Litwinow hat die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme Rußlands an der Europa-Konferenz, die zum Studium der Fragen der Weltwirtschaftskrise und ihrer Beilegung im Mai veranstaltet werden soll, angenommen.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12,10: Mittagskonzert. 12,35: Konzert für die Jugend. 15,35: Vorträge. 16,10: Schallplatten. 17,45: Unterhaltungskonzert. 18,45: Vorträge 20,30: Volkstümliches Konzert. 21,25: Suitenkonzert. 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12.10: Schallplatten. 12.35: Schulfunk. 14,20: Vorträge. 16,15: Schallplatten. 17,15: Vortrag. 17,45: Nachmittagskonzert. 18.30: Tanzmusik. 18.45: Vorträge. 19.00: Abendkonzert. 20.00: Unterhaltungskonzert 21.25: Suitenkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Donnerstag, den 12. Februar 9,05: Schulfunk 12.35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,35: Kinderfunk. 16,00: Konzert. 16,30: Das Buch des Tages. 16.45: Konzert. 17,15: Wandlungen im Frauenberuf 17,40: Ein Gang durch die neue Breslauer Sternwarte. 18,05: Das wird Sie interessieren 18.30: Frauen der Wissenschaft 19.00: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik. 20,00: Stunde der Arbeit. 20.30: Aus Berlin: Gespräche mit Henry Ford 22.00: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.20: Schlesische Arbeitsgemeinschaft Wochenende: Wochenend-Momentbilder 22.30: Aus Berlin: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 Uhr, Vortrag. Referent: Lehrer Lamozik.

Siemianowitz. Donnerstag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, bei Kozdon Lichtbildervortrag. Alle Gewerkschaftler, sowie Mitglieder der Freien Kulturvereine sind eingeladen. Mitgliedsbuch der obengenannten Vereine legitimiert.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski Sp. z ogr odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.

Versammlungskalender

Um den Kommunalfriedhof. Das vorbereitende Komitee zur Schaffung eines Kommunalfriedhofes welches am Sonntag in Bismarckhütte gewählt wurde, hält seine Sitzung am Sonnabend, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Zentralhotel Kattowitz ab. Die Einberufer.

Königshütte. (Achtung, Vorstand der Arbeiterwohlfahrt und Komitee der Nähstube!) Mittwoch, den 11. Februar, abends 6 Uhr, findet in der Nähstube eine wichtige Besprechung statt.

Königshütte. (Zimmerer und Maurer.) Sonnabend, den 14. Februar, nachm. 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Generalversammlung. Die Kameraden der umliegenden Ortschaften, wie Lipine, Neu-Hajduk, Kattowitz, Schoppinitz, Anhalt, Pleß, Groß-Weichsel, sind besonders eingeladen.

Königshütte. (Arbeiterwohlfahrt.) Die Arbeiterwohlfahrt, Krol.-Huta, veranstaltet für die Mitglieder und Angehörigen der freien Gewerkschaften, einschl. des Afabundes, Näh- und Kochkurse im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6. Für den letzteren können sich auch auswärtige Teilnehmer von der Umgebung von Königshütte melden, dagegen zum ersteren nur Königshütter Teilnehmer. Die Anmeldung muß bis Ende Februar getätigt werden und wird im Büro des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes entgegengenommen.

Kattowitz (Monatsplan der S. J. P.).

Mittwoch, den 11. Februar 1931: Sagenabend von Wilhelm Busch.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 11. Februar: Vortrag B. f. Arb.-Bildung.

D. S. A. P.

Bismarckhütte. Generalversammlung, am 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Brzezina. Referent: Genosse Kowoll.

Schwientochlowitz. Generalversammlung am 15. Februar, vormittags 9½ Uhr, bei Frommer. Referent: Genosse Kowoll.

Ruda. Generalversammlung, nachmittags 3 Uhr, am 15. Februar im bekannten Lokal. Referentin: Genossin Kowoll

Siemianowitz. Generalversammlung, am 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Kozdon. Referent: Genosse Gorny.

Eichenau. Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, im Bahnhofshotel, Vorstandssitzung.

Myslowitz. Generalversammlung, 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Chilinski. Referent: Genosse Raiwa.

Jungsozialisten.

Kattowitz. Am Donnerstag, den 12. Februar, findet im Zentralhotel im Zimmer 26, ein Diskussionsabend statt Thema: Parteiorganisation. Referent: Gen. Birghan.

Bergbauindustrieverband.

Achtung Bergarbeiter

der Blei- und Erzgruben aus Poln.-Oberschlesien, die in Deutsch-Oberschlesien beschäftigt sind!

Am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in Königshütte, Volkshaus, ulica 3-go Maja 6, eine Versammlung aller Ausgesperrten v. den Erzgruben Deutsch-Oberschlesiens statt. Es werden ersucht alle Mitglieder, welcher Richtung sie angehören, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Außerdem werden alle Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert von ihren Gewerkschaften die Streikkarte zu verlangen um eine Kontrolle über Streikschichten zu haben.

Maschinisten und Heizer.

Bezirksgeneralversammlung.

Am Sonntag, den 15 Februar, vormittags 9½ Uhr, hält der Verband seine übliche Bezirksgeneralversammlung ab. Hierzu sind sowohl die Bezirksdelegierten als auch die Zahlstellenvorstände und Betriebsräte eingeladen. Die Tagesordnung geht den Ortsgruppen durch Rundschreiben zu. Um restloses und pünktliches Erscheinen ersucht Die Bezirksleitung.

Freie Sportvereine.

Königshütte. (Freie Radfahrer.) Sonntag, den 15. Februar, vormittags 11 Uhr, im Volkshaus, Vorstandssitzung.